

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amteblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 311.

Sonnabend 9. November 1907.

101. Jahrgang.

Bezugs-Preis

Der Betrag zum Voraus nach unten... Leipzig Nr. 14992 Str. 14990 Nr. 14994.

Anzeigen-Preis

Die Anzeigen sind täglich und längstens... Haupt-Offiziale Berlin.

Das Wichtigste vom Tage.

- Der Kaiser wohnte gestern auch der Rekruten-Verabschiedung in Potsdam bei. (S. 1188. R.)
Gestern fanden in Leipzig die Urwahlen der Handelskammer statt. (S. 1187.)
Die österreichische Ministerkrisis ist im Grundzuge gelöst: Eberhard (Christl.-Soz.) Aderbau, Bohana (Herrenhaus) Handel, Geymann (Christl.-Soz.) Arbeiter, Praxel (christlicher Landmanns-Minister, vielleicht Reichs- (Deutsch-Agrarier) deutscher Landmanns-Minister. (S. 1181.)

Politischer Einfluss der Liberalen.

Wer die Mehrheit der Volksvertretung besitzt, kann sich auch im Deutschen Reich wie in seinen Einzelstaaten sehr wohl Einfluss erobern. Selten mißlingt es; in der preussischen Kammer ist dies freilich nicht die Liberalen erfahren. Doch wer weiß, wie die Sache gelassen wäre, wenn nicht durch den unerwarteten Tod des Königs von Dänemark die schwebende politische Sache ins Rollen gekommen wäre, wenn nicht die den Konventionen bis dahin unpopuläre nationale Sache in dem konservativen Bismarck ihren genialen Führer gefunden hätte!

Dienstzeit gar nicht wieder hergestellt werden konnte; mit Zustimmung des Reichstages aber ein entgegenstehendes Gesetz befreit werden konnte. Noch heute fehlt eine solche gesetzliche Festlegung, und doch denkt kein Mensch mehr an dreijährige Dienstzeit.
Nun steht es wieder ja. Der Kanzler, der lange Jahre mit dem Zentrum regiert hat, ist jetzt mit ihm entzweit. Um die unentbehrlichen Mehrheiten zu bilden, gibt es für ihn nur zwei Wege: entweder Rückkehr zum Zentrum oder Aufnahme der Freisinnigen in den Regierungsbund. Eine von beiden Parteien muß er haben; beide entbehren kann er nicht. Natürlich haben die Freisinnigen das Recht, zu fragen: inwiefern soll die neue Politik von der bisherigen abweichen und unteren liberalen Anschauungen entgegenkommen? Zur Reaktion dürfen sie sich nicht mißbrauchen lassen. Aber wenn sie ein freisinniges Regiment verlangen, so bestehen sie auf etwas Unmöglichem. Die Konservativen sind viel zu stark, um Bülow so etwas zu gewähren. Sie führen ihn wie sie Caprivi geführt haben, und treten das Zentrum wieder, das der ersten Forderung Folge leisten wird.

Die Lage ist von denkbarster Einfachheit. Wer das Zentrum nicht will, muß eine mittlere Linie finden. Konservativ und Liberaler müssen einander entgegenkommen.
Trotzdem findet sich immer wieder ein kleiner Kreis Freisinniger, die vor lauter Prinzipialreiterei zu keinem Verständnis für den praktischen Nutzen kommen können, der dem Liberalismus sich jetzt in der Reichspolitik bietet. Ihre Gedanken vertritt eine jüngst erschienene Schrift des Dr. Rudolf Breitscheid, „Der Bülow-Blud und der Liberalismus“, die bei manchem Werten im einzelnen ihrer Anschuldigungen doch dadurch vollkommen daneben tritt, daß sie von einer Annäherung an die Sozialdemokratie für den Liberalismus mehr erhofft, als vom Blud, und die auch die Gefahren einer neuen Zentrumshegemonie völlig verkennet. Man hat nun Breitscheid und den Kreis seiner Freunde identifiziert mit dem, was die Nationalsozialen innerhalb der Freisinnigen Vereinigung erheben. Für den Kenner der Verhältnisse war das von vornherein ein falsches Urteil. Denn es handelt sich nur um einen kleinen Bruchteil früherer Nationalsozialer und solcher Freisinniger, die unter dem Einfluß des Politikers Theodor Barth stehen. Das Dr. Kaumann anders steht und mit ihm das Gros seiner Freunde, zeigt die neueste Nummer der „Biffe“, in der sich Kaumann gegen Breitscheid wendet. Er hebt hervor, daß die seit den letzten Reichstagswahlen gewählte Politik der Freisinnigen von allen Reichstagsabgeordneten der drei linksliberalen Parteien grundsätzlich gebilligt worden sei. Die Angriffe von Breitscheid richteten sich demnach gegen alle ohne Ausnahme, und schon diese Tatsache sollte den Parteifreunden zu denken geben, und der Verfall Breitscheids überhaupt möglich war. Im Gegensatz zu Breitscheid betont Kaumann weiterhin die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Zentrumshegemonie.

Unter Vorzeichen im Reichstage“, so schreibt Kaumann wörtlich, „entschied darüber, ob wir eine Zeitlang ohne Zentrumshegemonie existieren könnten. Wenn wir in dieser Lage für das Zentrum einträten, wären wir die Breitscheidlichen Vorläufer, die in der Wirklichkeit, so würden wir mit einem Auf die Fühlung mit der überwindlichen Majorität anderer Wähler verloren haben. Am Tage nach einer Reichstagswahl, die mit Fernburgs Zentrumsstreit einzieht, muß dies eine einfache Unmöglichkeit sein. Der Kampf gegen das Zentrum ist sicherlich nicht der ganze Liberalismus, aber er steht oben von allen liberalen Problemen gerade auf der Tagesordnung. Ich bin überzeugt, daß auch Dr. Breitscheid, wenn er in den Reichstag gewählt werden würde, damals genau dasselbe gemacht haben würde, wie die anderen. Damit aber würde sich das weitere Verfahren bis heute von selbst gegeben haben.“

Kaumann schließt seinen Artikel mit folgenden Worten: „Soweit die Breitscheidliche Schrift eine Verklärung der agitatorischen Kraft der liberalen Gedanken bedeutet, ist sie warm zu begrüßen, soweit sie aber eine grundsätzliche Veränderung der Fraktionspolitik fordert, halte ich sie für eine Verleumdung für einen Versuch zur unrichtigen Zeit. Die Zeit wird schon kommen, wo von selbst der Bülowblock entweder als Volkspolitiker auftritt, oder zerfällt. Das letztere kann unter Umständen sehr rasch eintreten. Dann wollen wir aus diesem Zwischenstadium der deutschen Politik wenigstens die Einheit der Liberalen in die nächste Periode hinstücken können; die aber liegt heute mehr in der Fraktion als in den Parteibereichen.“

Man darf nach diesen Ausführungen Dr. Kaumanns annehmen, daß auch die für Sonntag in Frankfurt a. M. geplante Versammlung der drei liberalen Parteien die praktische Politik des Liberalismus höher stellen wird als unfruchtbares Theoretisieren auf dem Boden des Liberalismus.

Ein sächsisches Landtagsidyll.

Aus Dresden wird uns unterm 8. d. Mts. geschrieben: 32 Redner auf der Höhe und am Schluß erst etwa 3 davon erblüht. Das ist selbst für die deutsche Ansprache sehr wenig. Über die Bedeutung des Gesamt-ergebnisses der heutigen Sitzung, die die Zweite Kammer der Ständebertagung weihte, liegt von der Leipziger Zeitung eine Rede abgedruckt, weniger in dem, was die Fraktionsredner ausführten, als vielmehr in den Erklärungen der Regierungsvertreter, die sämtlich nacheinander an Worte kamen. Sämtliche Regierungsvertreter mobil gemacht zu haben, kann sich der reformerische Abgeordnete Zimmermann rühmen. Denn nacheinander redeten die Minister der Justiz, der Finanzen und des Innern. Aus den Darlegungen des Justizministers Dr. von Otto ist bemerkenswert die Erklärung, daß im Prüfungswesen der Examinationsbeamten bei der Justizverwaltung insoweit eine Änderung beabsichtigt ist, als die Altersprüfung mit der Sekretärsprüfung der künftigen Beamten verbunden werden soll. Das ist eine schätzbare Vereinfachung der künftigen Beamten. Noch unmittelbarer waren auch die Ausführungen des Finanzministers, die auch die Allgemeinheit interessieren; denn er berriet, daß in Berlin allerdings ein neues Steuerbudget entworfen werden soll, und zwar handelt es sich dabei um eine indirekte Reichssteuer. Man hält, so sagte der Minister, neue in direkte Reichssteuer. Man hält, so sagte der Minister, neue in direkte Reichssteuer. Man hält, so sagte der Minister, neue in direkte Reichssteuer.

Angenblick kommt immer noch zeitig genug. Geheißerfahren als Pfaster auf die mit jener Erklärung geschlagenen Bundes, sollte wohl die wiederholte Erklärung des Ministers dienen, daß er betreffs der Einführung der 4. Wagenklasse am Sonntag in erwünschte Ermäßigungen einverstanden sei. Danach darf man darauf rechnen, daß vom Winter 1908/09 ab auch Sonntagen in Sachen die 4. Wagenklasse auf der Eisenbahn geführt wird. Also endlich! Es ist erreicht!

Aus den Erklärungen des dritten Regierungsvertreters, des Grafen v. Dohenthal, ist hervorzuheben, daß der Staat für die Ausländer auf der Handelshochschule zu Leipzig keine Zuschüsse leistet, und daß die Erörterungen über die Errichtung eines Landesgewerbeamts noch im Gange sind.

Nach diesen offiziellen Erklärungen nahm das Redeturnier der Staatsdebatte seinen Fortgang. Unter allgemeiner Spannung trat Herr Langhammer aus Chemnitz auf die Tribüne. Zunächst einige leichte Hiebe. Er fandert gewissermaßen den Gegner. So z. B. wenn er sagt, der vom Finanzminister empfohlenen Mäßigung in der Lebenshaltung möchten sich vor allen Dingen die höheren Schichten der Bevölkerung befleißigen! Es folgt eine leichte Dankesbesprechung vor dem Finanzminister, der der Einführung der 4. Wagenklasse am Sonntag zweimal freundlicher gegenüberstehe. Dann holt Herr Langhammer er leicht aus und kauft sich den Abgeordneten Dr. Pöhl. Angeblüh fallen die Hiebe und sie sitzen. Obis verharret hart bei der feineren Gabe auf seinem Stuhl. In treffenden Worten holt Langhammer dem Gegner vor, wie gerade die Konservativen im Wahlkampf die größte Gefährdung bewiesen hätten. Wenn Pöhl von rechts und links im Lager der Nationalliberalen spreche, so wolle er nur über die Spaltung im eigenen Lager hinwegtäuschen.

Ein lebhaftes „Sehr gut!“ begleitet Langhammers Bemerkung: „Daran, daß hohe Regierungsbeamte Mitglieder des konservativen Landesvereins seien, daran würde man auf konservativer Seite nichts, wenn aber einmal ein Amtshauptmann Mitglied des Nationalliberalen Vereins sein würde, dann würden das die Konservativen sofort als ein unerhörtes Verbrechen ansprechen.“

Damit kam Langhammer zum Kernpunkt seiner Rede, dem Thema der Nebenregierung. Hier muß man volle Klarheit haben. Nebenregierung hätte der Konservativen mit der Erklärung des Finanzministers eine Brücke gebaut werden sollen. Aber die Verschüttelung des Herrn von Pöhl ist jedoch nicht so recht gelungen. Und andrerseits, woher Schärfe stellt Langhammer weiter tief, daß es ausfallen möchte, wenn die Konservativen nach einer den Kern der Sache gar nicht treffenden Erklärung des Finanzministers ohne jede Fraktionsberatung auf die mit so großem Halle angelegte Interpellation in Sachen Post- und Telegraphenverwaltung. Langhammer konstatierte weiter, daß der Reichstagspräsident Dr. Kumpelt die abgelesenen, also jedenfalls sorgfältig vorbereiteten Ausführungen des Legationsrats von Kallisch-Wallwitz nicht beifällig habe. Mit seinem Sarkasmus rät Langhammer weiter dem Finanzminister, er möge sich doch im Punkte der Nebenregierung einmal bei dem früheren Minister des Innern v. Meißner erkundigen. Der würde ihm ein Lied davon singen können. Die Wahrheit müßte an den Tag kommen. Und dazu sei eine Erklärung des Gesamtministeriums nötig. Sehr berechtigt war daher Langhammers Frage, ob der Finanzminister am Donnerstag auf eigene Rechnung und Gefahr oder im Namen aller seiner Ministerkollegen gesprochen habe.

Die Regierung schweig darauf! Die weiteren Ausführungen Langhammers, die sich zum Teil in einer Kritik des sächsischen Finanzprogramms und des Reformismus in anderer Form, sowie des auf dem Gebiete des Vereinsrechts in Sachsen herrschenden Polizeijapses bewegten, fanden am Regierungsstische keine Erwiderung. Ob sie noch erfolgt? Unmöglich ist es nicht.

Nach Langhammer kamen noch Dr. Spieß und Dr. Lange zu Worte, die sich aber — es war Ritzenzeit — keine Aufmerksamkeiten mehr verschaffen konnten. Man war allgemein im Aufbruch zum Schluß und Abgeordneter And a hielt ein höchst interessantes auf einem Sofa in der einen Ecke.

Deutsches Reich.

Leipzig, 9. November.
Die Potsdamer Rekrutenverabschiedung. Gestern vormittag fand die Verabschiedung der Rekruten der Potsdamer Garnison statt. Pünktlich um 11 Uhr traf der Kaiser, im Automobil von Berlin kommend, ein. Am Langen Stall am Portal hatten sich einzeln die Kronprinz, Prinz Oskar, General v. Bülow, General v. Sessel, General v. Bredow, der Oberst des Militärkabinetts Graf Hüfen-Wieseler, die preussischen Offiziere, der Polizeipräsident Stark, die Brigadeführer und Kommandanten des 1. Garde-Regiments zu Fuß unter dem Kommando des Prinzen Eitel Friedrich. Sie brachten die Fahnen und Stabarten ein, und in dem mit militärischen Emblemen versehenen Langen Stall nahmen sie vor dem Feldmarschall aufstellung. Nach Antritten der Disziplinärer beider Konfessionen fand die Verabschiedung statt. Sodann sprach der Kaiser. Darauf brachte Generalmajor v. Westerbach ein dreifaches Hurra auf den Kaiser aus. Hierauf nahm der Kaiser militärische Maßnahmen entgegen und begab sich zu Fuß nach dem Regimentshaus des 1. Garderegiments, um dort am Frühstück teilzunehmen.

Die Verabschiedung des Vizemirals von Alstedt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die über das mögliche weitere folgende Ausscheiden des Vizemirals v. Alstedt aus dem aktiven Dienst in der Presse verbreiteten Gerüchte sind nicht zutreffend, im besondern ist es unrichtig, die Angelegenheit mit der Disziplinfrage in Verbindung zu bringen. Vizemirals v. Alstedt hatte allerdings einen Eisernteinfall mit einem Marinebeamten gehabt. Dieser Konflikt ist aber, nachdem auf dem Reichstagskongress über den streitigen Punkt Klarheit geschaffen, auf alljährlichem Wege zwischen den streitigen Parteien beigelegt worden. Das Herr v. Alstedt veranlaßt hat, seine Stellung zur Disposition zu stellen, ist die gegen ihn angelegte Beschwerde der Reichswehr des Baumeisters. Gegen den allgemein hochgeschätzten und sehr verdienten Admiral liegt nicht das mindeste vor, was eine Stellung zur Disposition mit allen Ehren in Frage stellen könnte.

Die Eröffnung des sächsischen Landtags. Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Abgeordneter Jungblut (Oberstein (Breslau)) trat am Dienstag die 3. Versammlung des 30. Landtags wieder zusammen und wurde von Seiten der Regierung vom Oberfinanzrat Schöder eröffnet. In der Thronrede wird nach Ausbruch gebracht, daß die Ergebnisse der für das Budgetjahr beabsichtigten Steuerreform zum ersten Male in der laufenden Finanzperiode zur Geltung kommen werden.